



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

zu „Frauen nicht allein lassen – ausreichend Angebote für Schwangerschaftsabbrüche in Flensburg sicherstellen“ (Drucksache 20/4077)

Absicherung der Situation ungewollt Schwangerer in Schleswig-Holstein

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag Schleswig-Holstein stellt fest, dass bisher laut ELSA-Stude im Vergleich zu anderen Bundesländern in Schleswig-Holstein eine angemessene Versorgung gegeben ist.

Um die Versorgungssituation auch in Zukunft sicherzustellen, bitten wir die Landesregierung:

- mit der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein eine Strukturanalyse durchzuführen, die Erkenntnisse darüber liefert, wie sich die ambulante und stationäre gynäkologische Versorgungssituation aktuell darstellt und perspektivisch verändern wird. Hierbei ist die Krankenhausgesellschaft mit einzubeziehen.
- mit den niedergelassenen Gynäkologinnen und Gynäkologen und weiteren Beteiligten wie Kreisen, Städten, Kassenärztlicher Vereinigung und Krankenhausgesellschaft im Land zur Versorgungssituation ungewollt Schwangerer sowie zur Versorgungslage im Zusammenhang mit Schwangerschaftsabbrüchen lösungsorientiert in Kontakt zu treten. In diesem Austausch sollen bei Bedarf Maßnahmen entwickelt werden, um gemeinsam darauf hinzuwirken die Versorgung für ungewollt Schwangere langfristig sicherzustellen.
- auch die Schwangerschaftskonfliktberatung im Land zu sichern und bestehende digitale, telefonische, mobile und mehrsprachige Beratungsformen

sowie Informationen bekannter zu machen und die
Fahrtkostenrückerstattungsmöglichkeit bei Schwangerschaftsabbrüchen über
die Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen zeitnah umzusetzen.

Dagmar Hildebrand
und Fraktion

Jasper Balke
und Fraktion

Katja Rathje-Hoffmann
und Fraktion

Catharina Nies
und Fraktion